

Dr. Manhenke (SPD):

Herr Minister, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß der Inhalt dieser Anordnung sehr strittig ist. Es geht mir nicht in erster Linie um den Inhalt, sondern darum: Ist es nicht richtig, daß Sie als Wirtschaftsminister in einer Gesetzesvorlage eine Abgabe dem Parlament einreichen müssen und nicht mit einer Anordnung am Parlament vorbeiregieren können?

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Entschuldigen Sie bitte, das ist ja eine Ministerratsentscheidung. Wir haben einen Staatsvertrag. Den Staatsvertrag hat das Parlament gesehen.

(Heiterkeit)

Das Parlament hat darüber abgestimmt. Entschuldigen Sie bitte meine etwas leichtfertige Bemerkung. - Darauf aufbauend hat der Ministerrat das Recht, als Exekutive Beschlüsse des Ministerrates herbeizuführen, ohne daß das Parlament zu jedem Beschluß konsultiert werden muß. Das Parlament hat das Recht, jeden Minister anzufragen, den Ministerrat anzufragen, was es mit diesen Beschlüssen auf sich hat. Aus solchen Ministerratsvorlagen - also Verordnungen - ergeben sich Anordnungen und Durchführungsbestimmungen, und das ist zu keiner Zeit so gewesen, daß über Anordnungen und Durchführungsbestimmungen in irgendwelchen Parlamenten beraten worden ist, sondern das Parlament ist eine gesetzgebende Versammlung.

Dr. Manhenke (SPD):

Wenn es sich aber um Abgaben handelt, die eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betreffen, handelt es sich nicht nur um Anordnungen, sondern da müßten Gesetze eingereicht werden.

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Sie haben die Möglichkeit, als Abgeordnete oder Abgeordnetengruppen von 12 Abgeordneten hier eine Gesetzesvorlage einzubringen. Dagegen haben wir überhaupt nichts. Aber jetzt ist das eine Anordnung, die eigentlich einen Ministerratsbeschluß und den Staatsvertrag untersetzt.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Hier ist noch eine Anfrage.

Anfrage:

Herr Minister, Sie sind doch sicherlich mit mir einer Meinung, daß es sich darum handelt, die Arbeitsplätze auf Grund der Wettbewerbsnachteile der DDR zu begrenzen. Wären Sie nicht der Meinung, daß es zweckmäßiger wäre, statt der umstrittenen Abgaben - und da teile ich die Auffassung, die eben gesagt wurde -, Steuerpräferenzen zu erteilen und das, was die Frau Ministerin Reider gesagt hat, die Industrie wettbewerbsfähig zu machen mit den höheren Kosten - wäre das nicht ein wirkungsvollerer Weg, auch für Sie als Wirtschaftsfachmann, als über Preisregulierungen? Preisregulierungen nimmt man am Ende, zuerst arbeitet man mit Investitionsanreizen. Teilen Sie diese meine Auffassung?

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Vom Prinzip ja, ich teile Ihre Auffassung vom Prinzip, und hätten wir einen Haushalt im zweiten Halbjahr, der etwas zulassen würde, dann würde ich auf diese Regelung gerne verzichten haben. Wir waren uns gemeinsam mit der Handelsministerin einig, welche Brisanz und welche Problematik das Ganze in sich trägt, aber ich sage: Unser Staatshaushalt für das zweite Halbjahr wird

minus 35 Mrd. DM betragen, und woher soll das noch kommen, wenn wir noch weitere Steuererleichterungen machen? Wer stopft dann das Loch, das schon groß genug ist? Das möchte ich Sie fragen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Kann noch eine letzte Frage gestellt werden?

Nooke (Bündnis90/Grüne):

Eine Sache bleibt noch fraglich für mich. Wenn ich in der wenigen Zeit, die ich habe, die vorletzte „Zeit“ richtig gelesen habe und Ihr Interview dort, dann haben Sie zu den Importsteuern dort vorsichtiger argumentiert und auf das Bundeswirtschaftsministerium verwiesen. Ist es also richtig, daß Sie vielleicht sogar vom liberalen Wirtschaftsminister drüben auch diese Empfehlung haben? Vielleicht wird es dann auch klar, daß doch ein Sinn dahinter liegen könnte.

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Also, Sie haben natürlich völlig recht. Das habe ich eigentlich nicht so hervorgehoben. Diese Maßnahme ist mit dem Bundeswirtschaftsministerium natürlich abgestimmt. Es war auch ein entsprechender Vorschlag, und ich finde es eben gegenwärtig unserer DDR-Situation nicht gerade sehr hilfreich, daß aus dieser Ecke nachträglich Kritik kommt, nachdem aus der Expertenkommission, der deutsch-deutschen Kommission, der Vorschlag gekommen ist.

Wir als Wirtschaftsministerium der DDR haben 6 oder 7 verschiedene Präferenzlösungen angeboten, die aber in den Staatsvertragsverhandlungen nicht durchzusetzen waren. Ich muß das natürlich sagen. Wenn Sie mich hier so herausfordern, muß ich das natürlich noch als Hintergrund nennen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Wir hatten zwar last not least gesagt, aber es ist noch eine Anfrage. Sind Sie bereit, bitte?

(Zuruf: Herr Minister! Hatte ich Sie richtig verstanden, daß Sie die gesetzliche Regelung dazu aus dem Preisgesetz, Paragraph 1, Absatz 2, ableiten - diese sogenannten Preiszuschläge?)

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Ja, und Paragraph 2, Absatz 2, aus beiden.

(Zuruf: In Absatz 2 steht auch drin: Kann für ausgewählte Waren und Leistungen für eine sozial abgesicherte Lebenshaltung der Bevölkerung ... Ich weiß nicht, ob Preiserhöhungen sozial sind!)

Es ist keine Preiserhöhung, das hat doch Sibylle Reider hier dargelegt. Wir werden ja sehen, wie geschickt der Handel ist. Das ist seine Kalkulation.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich danke Herrn Minister, und ich möchte jetzt die Aussprache fortführen und rufe den Herrn Abgeordneten Lothar Meier von der PDS auf.

Lothar Meier für die Fraktion der PDS:

Meine Damen und Herren! Die Partei des Demokratischen Sozialismus hatte auf der 7. Tagung der Volkskammer Maßnahmen zum Schutz des Inlandmarktes der DDR vorgeschlagen. Die Maßnahmen waren insbesondere auf eine Stimulierung inländischer